

Ein Jahr nach der deutschen Einheit

## Lage im Osten deutlich besser – Der Aufschwung gewinnt an Fahrt

Die konsequente Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und die Eigeninitiative der Bürger haben die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Lage in den neuen Bundesländern zunehmend von positiven Signalen gekennzeichnet ist:

- Das Baugewerbe meldet sprunghaft verbesserte Auftragslage.
  - Bereits 3 000 ehemals staatliche Unternehmen sind von der Treuhand privatisiert.
  - Seit 1990 wurden schon 440 000 neue Gewerbebetriebe gegründet. Allein im ersten Quartal 1991 waren es 73 000 Unternehmen.
  - Vor allem in den Handwerksbetrieben macht sich mittlerweile ein Fachkräftemangel bemerkbar.
- Im folgenden werden die Ergebnisse namhafter Forschungsinstitute zur aktuellen Entwicklung in den neuen Bundesländern vorgestellt.

(Fortsetzung Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

- **Beschäftigung**  
Unsere Arbeitsmarktpolitik ist außergewöhnlich erfolgreich.  
Seite 7
- **Europa**  
Volker Rühle auf der Parteiführerkonferenz der EDU in Paris.  
Seite 11
- **Asylanten**  
Brief von Generalsekretär Volker Rühle an die CDU-Kreisverbände.  
Seite 12
- **Dokumentation**  
zum Tag der deutschen Einheit. Musterrede (grüner Teil) und Auszüge aus Reden von Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag und im Deutschen Fernsehen (roter Teil). Siehe auch Wandzeitung auf der letzten Seite dieser Ausgabe.



## Institut der deutschen Wirtschaft (IW):

### Zuversicht in ostdeutschen Betrieben

In den ostdeutschen Betrieben macht sich vorsichtige Zuversicht bemerkbar. Dies geht aus den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft bei 600 Betrieben in den neuen Bundesländern hervor, die im Durchschnitt 200 Mitarbeiter beschäftigen. Danach sehen 43 Prozent der Betriebe gute bis sehr gute Chancen für ihre wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten. Nur noch jeder fünfte Betrieb macht sich größere Sorgen. Jeder dritte Betrieb hat in den vergangenen Monaten bereits neue Fachkräfte eingestellt.

Die größte wirtschaftliche Zuversicht herrscht laut Umfrage zur Zeit in den Unternehmen des Handels und im Dienstleistungssektor. Jeder zweite Betrieb rechnet dort in den nächsten zwölf Monaten mit einer positiven Entwicklung. Im produzierenden Gewerbe ragt besonders die Bauwirtschaft hervor: Hier beurteilen fast drei Viertel (74 Prozent) aller befragten Unternehmen ihre Entwicklung als gut bis sehr gut. Noch positiver (mit 94 Prozent gut bis sehr gut) beurteilt die Kredit- und Versicherungswirtschaft ihre wirtschaftliche Entwicklung.

### Massiver Kapitalstrom von West nach Ost

Eine wachsende Zahl westdeutscher Unternehmen engagiert sich in den neuen Bundesländern. Sie werden bis Mitte der neunziger Jahre mehr als 70 Milliarden DM investieren. Insgesamt werden mit den Investitionen westdeutscher Unternehmen über 423.000 Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen.

Mit 40 Prozent aller geplanten Investitionen liegt der Schwerpunkt beim verarbeitenden Gewerbe. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf die Metall- und Elektroindustrie. Einen sehr hohen Anteil an den investiven Engagements hat auch die Energieversorgung: Ein Drittel des gesamten Kapitalstroms aus dem Westen soll in diesen Bereich fließen.

### Kieler Institut für Weltwirtschaft:

### Talsole bald durchschritten

Die wirtschaftliche Talsole in den neuen Bundesländern wird in der zweiten Jahreshälfte durchschritten. Rechtliche und administrative Investitionshemmnisse werden an Gewicht verlieren, die Kommunen haben ihre Investitionsbudgets erheblich aufgestockt und große Investitionsvorhaben im Energiebereich, bei der Telekommunikation und den privaten Unternehmen können anlaufen, heißt es in einer Mitteilung des Instituts. Bauwirtschaft und Handwerk werden nach Angaben des Instituts im Osten in diesem und im nächsten Jahr einen kräftigen Aufschwung spüren.

### Bundesverband der deutschen Industrie (BDI):

### Weiterhin Optimismus für Wirtschafts- entwicklung Ost

Trotz der anhaltenden schwierigen Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern ist der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) weiterhin optimistisch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Für die Bewertung der notwendigen



Umstellungsprozesse ist laut BDI die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt kein geeigneter Indikator.

Die enormen Anstrengungen der deutschen Fernmeldeindustrie und der Telekom haben die Kommunikationsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern deutlich verbessert. Sie tragen dazu bei, das Investitionshemmnis Nr. 1 im Infrastrukturbereich rasch zu beseitigen. Nach Auffassung des BDI sind die erreichten Fortschritte auch Ausdruck des erfolgreichen privaten Engagements im Fernmeldewesen.

**Ifo-Institut München:**

## Positive Signale in den neuen Bundesländern

Nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts wird sich die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern im kommenden Jahr stark verbessern. Es ist dann ein Zuwachs der Industrieproduktion um bis zu 10 Prozent möglich. Bereits jetzt sind zahlreiche positive Entwicklungen zu verzeichnen. So hat die Bauwirtschaft im 2. Quartal dieses Jahres 72 Prozent mehr Aufträge bekommen als im 1. Quartal. Dazu beigetragen hat vor allem das kommunale Investitionsprogramm im Rahmen des Gemeinschaftswerks „Aufschwung Ost“. Spürbar gestiegen ist auch die Anzahl der Aufträge in der Industrie, vor allem aus dem Ausland.

440.000 Gewerbeanmeldungen seit Anfang 1990 belegen den Aufbau eines dynamischen Mittelstandes. Die zu diesem Zweck bereitgestellten Fördermittel wurden in großem Maße in Anspruch genommen. Allein in den freien Berufen sind vom Februar 1990 bis Ende März 1991 rund 42.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Der Ifo-Konjunkturtest zeigt außerdem,

daß sich die Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate im verarbeitenden Gewerbe erneut verbessert haben. Dieser positive Trend hält jetzt bereits seit einem halben Jahr an.

## Sensationeller Anstieg im Großhandel

Der westdeutsche Groß- und Einzelhandel zeichnet sich derzeit durch eine starke Investitionsdynamik aus. Als „geradezu sensationell“ bezeichnet das Münchener Ifo-Institut die gegenwärtigen Investitionspläne des westdeutschen Großhandels. Nach den Ergebnissen einer Analyse des Instituts werden die Investitionen der Branche in Westdeutschland im laufenden Jahr gegenüber 1990 um 28 Prozent auf 16,6 Milliarden DM steigen. Für den „phänomenalen Anstieg der Investitionsausgaben“ werden zwei Gründe genannt: die lebhaftere Geschäftsentwicklung sowie die zusätzlichen Aufgaben der westdeutschen Großhandelszentralen im Gefolge der Wiedervereinigung. Auch im westdeutschen Einzelhandel erkennt Ifo eine „ungebremste Investitionsdynamik“.

**Statistisches Bundesamt:**

## Beträchtlicher Auftragsschub in den neuen Bundesländern

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes konnte im verarbeitenden Gewerbe ein beträchtlicher Auftragsschub um 39,5 Prozent verzeichnet werden. Dabei dürften vor allem erste Großaufträge aus der UdSSR zu Buche geschlagen haben. Die vorgelegten Daten über Auftragseingang und Umsatz in der Industrie zeigen, daß sich die Nachfrage — vor allem aus dem Ausland — im Frühjahr spürbar belebt hat. Erstmals seit November 1990 ist die



Nettoproduktion des verarbeitenden Gewerbes wieder gestiegen (+ 7,2 Prozent). Der größte Produktionszuwachs (+ 20,3 Prozent) wurde im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe erzielt.

## Jedes zehnte neue Unternehmen ein Handwerksbetrieb

Rund 73.000 Unternehmen wurden im ersten Quartal 1991 in den östlichen Bundesländern neu gegründet, davon fast jedes zehnte im Handwerk. Nach Abzug der Gewerbebeanmeldungen existierten damit im ersten Vierteljahr im Osten Deutschlands über 55.000 Unternehmen mehr als zum Jahresende 1990. Einem abgemeldeten Handwerksunternehmen standen etwa zwei Neugründungen gegenüber.

## Berliner Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW):

### Beachtliches Privatisierungstempo

Die Treuhandanstalt privatisiert derzeit pro Tag durchschnittlich 20 Unternehmen. Bisher wurden 3 000 gewerbliche Unternehmen an neue Eigentümer übertragen, die zugesagt haben, in den nächsten Jahren mehr als 65 Mrd. DM zu investieren. Gleichzeitig werden damit 526.000 Arbeitsplätze gesichert. Eine Erhebung des Berliner Instituts zeigt, daß weit über 80% der bereits privatisierten Unternehmen ihre künftige Geschäftsentwicklung optimistisch beurteilen. Unter den noch nicht privatisierten Betrieben der Treuhandanstalt liegt dieser Anteil knapp unter 60 Prozent.

### Optimismus bei Ost-Industrieunternehmen

Die Hälfte der ostdeutschen Unternehmen rechnet damit, im zweiten Halbjahr

1991 die wirtschaftliche Talsohle zu durchschreiten. Das hat eine Umfrage des IAW unter 285 Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern im Juni ergeben. Besonders optimistisch beurteilen Betriebe der Lebensmittellindustrie sowie des Maschinen- und Anlagenbaus ihre Lage.

Als Gründe für die optimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung nannten die privatisierten Unternehmen den fortgeschrittenen wirtschaftlichen Wandel im Umbau, das Vorliegen von Sanierungskonzepten, schon bestätigte Investitionsmittel, geklärte Eigentumsverhältnisse und den begonnenen Transfer von Technologie und Management von West nach Ost.

## Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT):

### Lage im Osten deutlich besser

Von einem lebhaften Interesse ausländischer Unternehmen an einem Engagement in den neuen Bundesländern berichtet der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT). Das wirtschaftliche Engagement ist am stärksten aus Europa. So sind Unternehmen aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz verhältnismäßig häufig in den neuen Bundesländern vertreten. Die ostdeutsche Wirtschaft rechnet nach einer Umfrage des DIHT zusehends mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern. Vor allem im Bauhaupt- und Baunebengewerbe haben die Aufträge zugenommen. Wegen der gestiegenen Erwartungen haben zahlreiche Firmen ihre Investitionspläne aufgestockt. 90 Prozent aller Betriebe im Hotel- und Gaststättengewerbe in den neuen Bundesländern wollen im kommenden Jahr erhebliche Investitionen tätigen.



**Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung (DIW):**

## Ost-Baukonjunktur springt an

Wirtschafts- und öffentlicher Bau kristallisieren sich derzeit als tragende Säulen des Auftriebs in der ostdeutschen Branche heraus.

Der Bauwirtschaft im Osten wird eine Expansion im Osten „mit exorbitanten Zuwachsraten“ bei öffentlichen Aufträgen vorausgesagt. Im April hat dort der Auftragseingang um fast zwei Drittel über dem Durchschnitt der vorangegangenen neun Monate gelegen, stellt das DIW fest. Ausschlaggebend für den Schub seien die „gewaltigen Finanztransfers aus den alten Bundesländern“. Wegen der zahlreichen Förderprogramme mit unterschiedlichen Laufzeiten dürfte der Auftrieb in dieser Sparte „noch lange anhalten“.

## Wachstumsschub aus neuen Ländern unterschätzt

Die Stärke des aus Ostdeutschland kommenden Nachfrageschubs für die westdeutsche Wirtschaft ist allgemein unterschätzt worden. Das westdeutsche Wachstum hat sich im ersten Jahr nach dem Beginn der Währungsunion allein aus Gründen der Vereinigung um 2,3 Prozentpunkte verstärkt.

**Allensbach:**

## Wirtschaftswunder Ost ist schon da

Für das Meinungsforschungsinstitut Allensbach ist ein Wirtschaftswunder in der Ex-DDR „schon da“. Das Institut belegt dies mit Erhebungen, wonach in

den neuen Ländern 28 Prozent der Bürger ihre wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut beschreiben und fast jeder zweite sie als „teils, teils“ einstuft.

36 bzw. 29 Prozent der Ostdeutschen sagen von sich, sie könnten am Monatsende Geld beiseitelegen oder kämen gut hin. Dieser Erfolg ist Grund dafür, daß die Einigung von derzeit 68 Prozent der Ostdeutschen trotz aller Schwierigkeiten positiv beurteilt wird. Auch in Westdeutschland hat die Zustimmung inzwischen wieder eine Quote von 52 Prozent erreicht.

## Deutsche Ausgleichsbank:

## Positive Entwicklungen bei Existenzgründungen

Die Deutsche Ausgleichsbank, die im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft Existenzgründungen im Bereich des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe in den neuen Bundesländern fördert, verzeichnet bisher mehr als 100.000 Anträge auf Existenzgründungskredite für Vorhaben in den neuen Bundesländern.

Seit dem Beginn der Gewährung von Förderkrediten für den Wirtschaftsaufbau in den neuen Bundesländern im Februar 1990 sind der Deutschen Ausgleichsbank bis Juni 1991 gut 112.000 Darlehensanträge für alle von ihr betreuten Kreditprogramme zugegangen. Fast alle Anträge beziehen sich auf etwa 70.000 Existenzgründungen. Nach Angaben der Gründer und Hochrechnungen von Umfrageergebnissen folgend, werden durch die von der Deutschen Ausgleichsbank programmfinanzierten Existenzgründungen und -festigungen in den neuen Bundesländern bis zum Ende des laufenden Jahres 400.000 bis 500.000 Arbeitsplätze geschaffen oder in ihrer Existenz gefestigt.



## Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA):

### Ostwaren sind wieder gefragt

In den neuen Bundesländern vollzieht sich ein Meinungsumschwung, man greift wieder zu den eigenen Produkten, betont die CMA.

Die Produkte aus den neuen Bundesländern sind dabei, ihre Position zurückzuerobieren. Während im Oktober des vergangenen Jahres nur noch etwa 22 Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern ihre Produkte bevorzugten, waren es Mitte dieses Jahres schon wieder 44 Prozent.

## Zentralverband des Deutschen Baugewerbes:

### Bauwirtschaft Ost steht vor dem Aufschwung

In der ostdeutschen Baubranche ist die kritische Einschätzung der wirtschaftlichen Situation einer deutlich optimistischen Prognose gewichen. Die „Lokomotive Bauwirtschaft“ werde den Karren auch in den fünf neuen Bundesländern nach vorn ziehen.

Nach einer „Blitzumfrage“ auf der Basis von 4.000 Firmen der ostdeutschen Landesverbände macht sich eine spürbare Verbesserung der baukonjunkturellen Situation bemerkbar: Die Hälfte der befragten Unternehmen rechnen mit einer allgemeinen Verbesserung der Lage, 45 Prozent erwarten einen verstärkten Auftragseingang. Im Wohnungs- und Gewerbebau haben die Auftragseingänge nach Feststellungen des Verbands um 25 Prozent, im Straßen- und sonstigen Tiefbau um 30 Prozent zugenommen.

## Zentralverband des Handwerks: 40 000 freie Stellen im Ost-Handwerk

Nach jüngsten Berichten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) hat der Aufschwung im Handwerk im Osten gegriffen. In den neuen Bundesländern läuft die Konjunktur so gut, daß sich bereits ein eklatanter Fachkräftemangel abzeichnet. Unverkennbar ist, daß der Bau- und Ausbaubereich, das Handwerk im Sanitär-, Heizungs- und Klimasektor, das Kfz-Gewerbe, der Metallbereich und das Holzhandwerk Motoren des Aufschwungs in den neuen Bundesländern sind.

Allein in den 140.000 Handwerksbetrieben des Ostens muß gegenwärtig — ausgehend von einer Umfrage bei über 2.000 Unternehmen — von offenen Stellen in einem Umfang von 30.000 bis 40.000 ausgegangen werden.

### „Frieden — Gerechtigkeit — Entwicklung“

So lautet das Thema eines internationalen Symposiums des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, das vom 25. bis 27. September 1991 in Sankt Augustin in den Räumen der Stiftung (Ludwig-Erhard-Saal) veranstaltet wird. Mit diesem Kongreß will die Konrad-Adenauer-Stiftung Vertreter der Religionen des Judentums, des Christentums und des Islams zusammenführen und ein Forum des Dialogs anbieten. Gleichzeitig soll aber auch ein Dialog über die Frage eröffnet werden, welchen Beitrag Juden, Christen und Moslems für eine friedliche und gerechte Entwicklung in den Ländern des Nahen Ostens leisten können.



Horst Günther:

## Unsere Arbeitsmarktpolitik ist außergewöhnlich erfolgreich

„Unsere aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern ist erfolgreicher als selbst kühnste Optimisten annehmen konnten“, urteilte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, MdB Horst Günther. „Als wir im Frühjahr 280.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als Zielvorgabe für dieses Jahr verkündeten, sprachen viele von Traumtänzeri, von unerreichbaren Größenordnungen. Dank des Einsatzes der Arbeitsverwaltung, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände ist es gelungen, dieses Kontingent schon jetzt fast auszuschöpfen.“

Im August waren rund 262.000 Arbeitslose in AB-Maßnahmen, 50.000 mehr als im Juli. „Deshalb haben wir uns in der Koalition darauf verständigt, den Rahmen der Verpflichtungsermächtigungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Ländern für das Jahr 1992 um insgesamt drei Milliarden DM aufzustocken. Damit ist sichergestellt, daß die aktive Arbeitsmarktpolitik auch im kommenden Jahr weiter ausgebaut werden kann. Die Arbeitnehmer in den neuen Ländern können sich darauf verlassen, daß wir den notwendigen Umstrukturierungsprozeß weiter sozialverträglich absichern. Ohne die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung wären rund zwei Millionen Menschen mehr in den neuen Bundesländern arbeitslos.“

Für das laufende Jahr stehen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 2,7 Milliarden

DM aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und 2,5 Milliarden DM aus Bundesmitteln des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost, also insgesamt 5,2 Milliarden DM zur Verfügung. Damit können 280.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert werden.

Alle bereits bewilligten AB-Maßnahmen laufen unter den bewilligten Konditionen weiter. Wieviel weitere Maßnahmen jetzt bewilligt werden können, hängt von ihren Kosten und von den Mitteln ab, die jetzt schon für das kommende Jahr gebunden werden können. Diese sogenannten Verpflichtungsermächtigungen werden für das kommende Jahr über die im Rahmen des Gemeinschaftswerkes Aufschwung Ost und dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung stehenden Mittel hinaus um drei Milliarden DM erhöht. Damit wird die Bundesanstalt für Arbeit in die Lage versetzt, 1992 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf noch höherem Niveau in den neuen Ländern durchzuführen.

Gleichzeitig werden bei Neubewilligungen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit so gesteuert, daß der vorhandene Finanzrahmen sich in einer höheren Zahl von bewilligten Einzelmaßnahmen niederschlägt. So soll der Lohnkostenzuschuß in der Regel auf bis zu 90 Prozent begrenzt und nur noch in besonderen Fällen zu 100 Prozent bewilligt werden. Außerdem sollen die Sachkostenzuschüsse auf 15 Prozent der Lohnkostenzuschüsse begrenzt und nur noch in Einzelfällen auch höher möglich sein.



Insgesamt müssen die Mittel für ABM breiter gestreut werden. Dies hat die Bundesanstalt für Arbeit in einem Steuererlaß sichergestellt.

Die in der Anlaufphase unter schwierigen Bedingungen der Finanzausstattung von Kommunen und Ländern gehandhabte Bewilligungspraxis muß sich den allmählich geänderten Verhältnissen anpassen. Die Abgrenzung von öffentlichen Aufgaben, die eigentlich in der Zuständigkeit von Kommunen oder Ländern liegen, ist sicherlich schärfer als zunächst in der Anlaufphase zu ziehen. Die wichtigsten Zielsetzungen des Erlasses der Bundesanstalt für Arbeit sind:

- die Steuerung des Zuwachses bei ABM;
- die Verstärkung der qualitativen Aspekte zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen aus ABM;
- insgesamt eine Akzentverschiebung bei ABM;
- die strikte Einhaltung des Vorrangs der Vergabe vor Regiarbeit im Bereich des Bau- und Baunebengewerbes sowie des Garten- und Landschaftsbaus;
- die Intensivierung des Kontaktes zu den Organisationen des Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft mit dem Ziel, Befürchtungen eventuell wettbewerbsverzerrender Wirkungen von ABM zu begegnen;
- die Begrenzung des Zuschusses zum Arbeitsgeld im Regelfall auf bis zu 90 Prozent, wobei ein Zuschuß bis zu 100 Prozent zu den Lohnkosten erhalten bleibt, wenn in der Maßnahme überwiegend
  - 50 Jahre und ältere Arbeitslose
  - länger als ein Jahr Arbeitslose
  - Schwerbehinderte
  - besonders schwer vermittelbare arbeitslose Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung

● Null-Stunden-Kurzarbeitende oder arbeitslose Frauen als derzeit besonders benachteiligte Gruppe am Arbeitsmarkt beschäftigt werden sollen;

- die Begrenzung der Sachkostenzuschüsse bis zur Höhe von 15 Prozent des Lohnkostenzuschusses, wobei für Großobjekte (mehr als 150 Beschäftigte) ein höherer Sachkostenzuschuß bis zu 50 Prozent möglich bleibt. Ein solcher höherer Zuschuß setzt jedoch regelmäßig eine angemessene Eigenbeteiligung des Trägers voraus. Die Eigenbeteiligung des Trägers bei Sanierungsmaßnahmen soll stets mindestens 20 Prozent betragen;
- die verstärkte Kontrolle bei laufenden AB-Maßnahmen soll Mißbräuche ausschließen.

## Führungs- und Fachkräfte in die neuen Bundesländer

Die Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Heinrich Weiss, und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, haben sich in einem Aufruf an westdeutsche Unternehmensleitungen gewandt, geeignete Führungs- und Fachkräfte für befristete Zeit in ostdeutsche Unternehmen zu entsenden. Vor allem auf den Gebieten Finanzierung und Controlling, Marketing und Distribution, Einkauf, Materialbeschaffung, Logistik und Personalwesen fehlen Führungskräfte, um die positiven Ansätze aufzugreifen und in konkrete und tragfähige betriebswirtschaftliche Entscheidungen umzusetzen.

Interessenten wenden sich unter dem Kennwort „Führungs- und Fachkräfte-transfer“ an den Wuppertaler Kreis, Unter den Ulmen 140, 5000 Köln 51, Telefon (02 21) 37 20 18, Fax (02 21) 38 59 52.



# Mehrwertsteuererhöhung: SPD eiert

Die Bundesregierung hat in der Frage der Mehrwertsteueranhebung einen klaren Kurs: Entsprechend den Vorgaben der EG soll die Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1993 um einen Prozentpunkt angehoben werden unter Beibehaltung des bisher bestehenden halben Steuersatzes von sieben Prozent. Dieser Koalitionsbeschluß hat auch Eingang gefunden in die Vorlage des Steueränderungsgesetzes, das das Kabinett am vergangenen Dienstag beschlossen hat.

Kurt Faltthauer, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ganz im Gegensatz dazu ist die SPD bei der Mehrwertsteuerfrage tief gespalten. Die Meinungen reichen von der Feststellung, „die Mehrwertsteuer wäre die unsocialste aller Steuern“ bis hin zur Forderung nach einer Anhebung auf 16 Prozent. Interessanterweise hat mit MdB Rappe diese Forderung nach 16 Prozent ein Gewerkschaftsführer gestellt, dem die sozialen Belange der Arbeitnehmer in besonderer Weise am Herzen liegen.

Wie sehr die SPD in der Mehrwertsteuerfrage „eiert“, belegen nachfolgende Stellungnahmen von führenden SPD-Vertretern:

## SPD-Stellungnahme pro Mehrwertsteuererhöhung:

- Wolfgang Roth und Norbert Wieczorek: „Opposition steht für Gespräche ohne Tabus mit Regierung bereit ... auch über die Mehrwertsteuer“. (Parlamentarisch-Politischer-Pressedienst vom 8. Juli 1991)
- Heinz Schlußer (NRW-Finanzminister): „Erhöhung der Mehrwertsteuer notwendig, unabhängig von der Frage ob auf 15 oder 16 Prozent“. (Westfälische Rund-

schau sowie Süddeutsche Zeitung vom 19. Juni 1991)

- Hinrich Swieter (Niedersächsischer Finanzminister): „Widerstand der SPD-regierten Bundesländer bröckelt ab. Erhöhung um einen Prozentpunkt wird kaum ausreichen“. (Die Welt vom 24. Juli 1991)

- Edgar Meister (Rheinland-Pfälzischer Finanzminister): „Länder können sich nicht sperren über Mehrwertsteuer zu reden“. (Die Welt vom 24. Juli 1991)

- Gerhard Schröder (Niedersächsischer Ministerpräsident): „Mehrwertsteuererhöhung von 14 auf 15 Prozent dürfte für die SPD kein Tabu sein“. (Süddeutsche Zeitung vom 1. August 1991)

- Hermann Rappe (IG-Chemie-Vorsitzender): „Mehrwertsteuer um zwei Prozent erhöhen!“ (Neue Osnabrücker Zeitung vom 3. August 1991)

## SPD-Politiker gegen Mehrwertsteuererhöhung:

- Ingrid Matthäus-Maier (finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion): „Erhöhung der Mehrwertsteuer wird strikt abgelehnt“. (Westfälische Rundschau sowie Süddeutsche Zeitung vom 19. Juni 1991)
- Wolfgang Curilla (Hamburger Finanzsenator): „Höhere Mehrwertsteuer wird abgelehnt“. (Die Welt vom 24. Juli 1991)
- Harald Schäfer (Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion): „Statt Mehrwertsteuererhöhung nochmals Mineralölsteuererhöhung sowie Einführung einer Stromsteuer“. (Die Welt vom 24. Juli 1991)
- Rudolf Dreßler: „Mehrwertsteuer ist unsozialste Steuer überhaupt“. (General-Anzeiger vom 13. August 1991)



# SPD will Verkehr strangulieren

**Zu den SPD-Berechnungen über ein Finanzierungsloch von 250 Milliarden DM im Verkehrsausbau erklärte der für die Verkehrsprobleme in den neuen Bundesländern zuständige CDU-Abgeordnete Horst Gibtnier:**

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD, Klaus Daubertshäuser, hat sich in einer Pressemitteilung gegen den zügigen Ausbau der Verkehrswege gewandt. Wie will die SPD die Transportanforderungen der Wirtschaft und das Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung denn künftig bewältigen, ohne daß Schienenwege, Straßen und Wasserstraßen ausgebaut werden?

Auch wenn Modernisierung und Ausbau der Eisenbahnen zunehmende Priorität verdient, wird es — vor allem in den neuen Bundesländern — nicht ohne erhebliche Verbesserungen im Straßennetz gehen. Schließlich hat nicht jedes Haus einen Bahnanschluß.

Natürlich erfordert der Ausbau der Verkehrswege — eine volkswirtschaftliche Aufgabe höchster Priorität — viel Geld. Haushalt 1992 und mittelfristige Finanzplanung des Bundes lassen erstmals deutlich werden, daß die Gesamtpolitik dem Stellenwert des Verkehrs Rechnung trägt. Wenn die verbleibende Finanzierungslücke laut Daubertshäuser noch größer ist als vom Verkehrsminister eingeschätzt wird, weshalb polemisiert der SPD-Sprecher dann gegen die anteilmäßige Privatfinanzierung?

Die belebende Wirkung intakter Verkehrswege wird ganz sicher die Tilgung des aus der privaten Vorfinanzierung resultierenden Schuldendienstes gewährleisten.

Viele Möglichkeiten zur Optimierung der Verkehrsabläufe müssen darüber hinweg erschlossen werden — aber eines dürfen wir nicht: tatenlos auf den Verkehrsinfarkt warten!

● Joachim Poß (Finanzpolitischer Obmann der SPD-Fraktion): „Entschiedener Widerstand gegen Mehrwertsteuererhöhung“. (General-Anzeiger vom 13. August 1991)

● Karlheinz Blessing (SPD-Bundesgeschäftsführer): „Wird wohl im Bundestag wie Bundesrat eine Mehrwertsteuererhöhung ablehnen“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. August 1991)

● Rudolf Scharping (Rheinland-Pfälzischer Ministerpräsident): „Fordert SPD auf, bei einer klaren Position gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu bleiben“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. August 1991)

## SPD-Politiker mit unklarer Stellungnahme:

● Björn Engholm (Parteichef): „An sich gegen Erhöhung. Aber wenn Waigel darauf beharrt ... Mehrwertsteuererhöhung kein Tabu“. (Neue Ruhr Zeitung vom 2. August 1991)

● Karlheinz Blessing (SPD-Bundesgeschäftsführer): „Schließt Zustimmung zu einer Anhebung nicht mehr völlig aus“. (General-Anzeiger vom 13. August 1991)

● Björn Engholm (Parteichef): „Schließt nicht völlig aus, daß die Mehrheit der SPD-regierten Länder im Bundesrat doch einer Erhöhung zustimmen könnte“. (Die Welt vom 3. September 1991)



Volker Rühle vor der EDU in Paris

## Europa braucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

**Auf die Bedeutung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft hat CDU-Generalsekretär Volker Rühle erneut hingewiesen. Auf der 14. Parteiführer-Konferenz der Europäischen Demokratischen Union (EDU) in Paris, an der der Generalsekretär in Vertretung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, die deutsche Delegation leitete, wies Rühle darauf hin, daß die politische Union unvollständig bleiben werde, „ohne eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auch die Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik mit einschließt“.**

Der Golfkrieg, die Entwicklung in der Sowjetunion und in Jugoslawien haben nach Aussage Rühes deutlich gemacht, „daß die Europäische Gemeinschaft international mit einer Stimme sprechen muß, um wirklich handlungsfähig zu sein. Erst mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird sie ihre Interessen durchsetzen und ihrer weltpolitischen Verantwortung gerecht werden können.“

Der gemeinsame Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion und die Politische Union stehen nach Auffassung Rühes „in einem unauflöselichen Zusammenhang“. So sei die Wirtschafts- und Währungsunion die logische Konsequenz aus der Verwirklichung des Binnenmarktes. Der Vertrag über die Politische Union andererseits sei das „unverzichtbare Gegenstück zum Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion“. Die-

sen Vertrag bezeichnete Rühle zudem als „den wirklichen Testfall für die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, ihr Schicksal unwiderruflich zu verknüpfen“.

Die Europäische Gemeinschaft — so Rühle weiter — sei für die jungen Demokratien „das Modell für eine auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegründete Staatengemeinschaft“. Die Gemeinschaft müsse deshalb offen bleiben für neue Mitglieder, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllten und bereit seien, das Ziel der Europäischen Union ohne Abstriche mitzutragen. In diesem Zusammenhang hob Rühle erneut hervor, daß die CDU Deutschlands dafür eintrete, maßgeschneiderte Kooperations- und Assoziationsverträge mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei schon in diesem Jahr zum Abschluß zu bringen und ihnen die Perspektive einer vollen Mitgliedschaft in der Gemeinschaft in absehbarer Zeit zu eröffnen. Diese Länder „sollen schon heute die Gewißheit haben, daß sie ihren Platz in der Europäischen Gemeinschaft finden werden“. Auch den baltischen Staaten, die erst vor wenigen Tagen Freiheit und Souveränität wiedergewonnen haben, wolle man den Weg in die Europäische Staatengemeinschaft in ähnlicher Weise erleichtern und verkürzen.

Der CDU-Generalsekretär bezeichnete es als gemeinsame Aufgabe der europäischen demokratischen Parteien „phantasievoll nach zusätzlichen Wegen zu suchen, um den jungen Demokratien Mittel-, Ost- und Südeuropas die Rückkehr

*(Fortsetzung auf der nächsten Seite)*



## CDU-Verbände sind aufgerufen:

# Asylpolitik auch auf örtlicher Ebene behandeln

**In einem Brief an die Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der CDU in den Gemeindeparlamenten hat Generalsekretär Volker Rühle die CDU-Verbände aufgefordert, sich auf örtlicher Ebene mit dem Thema Asylpolitik auseinanderzusetzen. Vor allen Dingen soll die Haltung der SPD, die sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes (§ 16, Absatz 2) sperrt, den Bürgern klar gemacht werden. Dem Brief sind als Anlage Mustervorlagen für Resolutionen und Anträge beigelegt. Er hat folgenden Wortlaut:**

*(Fortsetzung von der vorherigen Seite)*  
nach Europa zu erleichtern“. In diesem Zusammenhang warf er die Frage auf, ob nicht ein Beobachterstatus im Europäischen Parlament, verbunden mit dem Recht auf Anhörung bei den diese Staaten betreffenden Fragen, zum besseren Verständnis der jeweiligen Probleme beitragen könne. Nach Auffassung des CDU-Generalsekretärs liegen die entscheidenden Zukunftsaufgaben der KSZE in der Gestaltung einer neuen gesamteuropäischen Friedensordnung. „Das Scheitern des Kommunismus und die damit zusammenhängende Werte- und Sinnproblematik darf in einer Zeit der Um- und Neuorientierung in Europa nicht zu einem Wiedererwachen nationalistischer Strömungen führen“, betonte Rühle. Europas Zukunft liege im friedlichen Miteinander der Völker und Kulturen, deren Vielfalt Europas eigentlicher Reichtum ist. ■

Sehr geehrte Damen und Herren, vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Entwicklung der Asylbewerberzahlen und der damit verbundenen Probleme hat die öffentliche Auseinandersetzung über das im Grundgesetz verankerte Asylrecht in den zurückliegenden Wochen einen neuen Höhepunkt erreicht. Die hohe Zahl der den Kommunen zugewiesenen asylbegehrenden Ausländer stellt diese vor Probleme, die mancherorts kaum noch zu lösen sind.

Der weitaus größte Teil der Asylbewerber kommt aus Staaten, in denen es politische Verfolgung nicht oder inzwischen nicht mehr gibt. Wirtschaftliche Motive sind häufig der Grund, einen Asylantrag zu stellen und so zumindest ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht zu erwirken.

Die CDU hat immer die Auffassung vertreten, daß das Asylrecht nicht das geeignete Instrument zur Linderung der wirtschaftlichen Not in anderen Ländern der Erde sein kann. Die Not von Millionen Menschen ist eine ständige Herausforderung an unser politisches Selbstverständnis als Christliche Demokraten. Hier trägt die Bundesrepublik Deutschland in erheblichem Umfang dazu bei, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren.

Für die CDU ist das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl unantastbar. Wer aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verfolgt wird, muß in der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich Aufnahme und Schutz finden.



Um das Recht auf Asyl auch für die Zukunft zu sichern, muß sein Mißbrauch mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden. Aus diesem Grund sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden, die Asylverfahren zu beschleunigen, soweit dies verfassungsrechtlich möglich ist. Eine wesentliche Verbesserung der Situation konnte auf diese Weise aber nicht erreicht werden.

Der Kern des Problems ist darin zu sehen, daß die gegenwärtig geltende Fassung des Artikels 16 GG die Prüfung eines Asylantrages in jedem Einzelfall — also auch dann, wenn der Antrag offensichtlich unbegründet ist — zwingend erforderlich macht. Solange das Anerkennungsverfahren nicht abgeschlossen ist, kann der Zutritt zur Bundesrepublik Deutschland nicht verweigert und eine Abschiebung nicht vollzogen werden. Notwendig ist daher eine Ergänzung des Grundgesetzes mit dem Ziel, Antragsteller aus Ländern, in denen eine Verfolgung nicht stattfindet, an den Grenzen zurückzuweisen bzw. ausweisen zu können.

Eine solche Ergänzung des Artikels 16 GG durch einen Gesetzesvorbehalt, der ja auch in anderen Artikeln enthalten ist, benötigt die Zustimmung einer Zweidrittel-Mehrheit des Deutschen Bundestages und Bundesrates. Bisher hat sich die SPD einer solchen Grundgesetzänderung verweigert.

Diese Verweigerung der SPD-Führung trifft in ihren Auswirkungen insbesondere die Kommunen, die für die Unterbringung der Asylbewerber zu sorgen haben. In den Städten und Gemeinden artikuliert sich in der Bevölkerung auch am ehesten Unmut und mangelnde Akzeptanz des praktizierten Asylrechts. Auch Kommunalpolitiker der SPD haben längst erkannt, daß es zu einer Grundge-

setzänderung des Artikels 16 keine Alternative gibt.

Die CDU wird Ende September erneut versuchen, ernsthafte Gespräche zwischen den Koalitionsparteien und der SPD in Gang zu bringen mit dem Ziel, die notwendigen Mehrheiten für eine Grundgesetzänderung zu erreichen. Dabei darf der SPD nicht gestattet werden, sich aus ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung zu stehlen. Es geht nicht an, daß Kommunalpolitiker der SPD die unhaltbar gewordenen Zustände beklagen und die Bundesregierung auffordern, für Abhilfe zu sorgen, während die SPD-Führung im Bund gleichzeitig jede Mitwirkung an einer sachgerechten Lösung verweigert.

Die SPD muß jetzt Farbe bekennen — und zwar auf allen Ebenen der politischen Verantwortung.

Ich bitte Sie daher, in den Kreisverbänden, in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD dort herauszufordern, gegenüber den Bürgern zu begründen, warum sie sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes sperrt — oder aber öffentlich die Bereitschaft zu bekunden, innerhalb der eigenen Partei für eine Änderung der bisherigen Politik einzutreten. Die CDU muß sich jetzt überall dafür engagieren, daß das vorgesehene Gespräch zwischen den Parteien zur Asylproblematik zu konkreten Fortschritten führt.

Mit freundlichen Grüßen



Matthias Wissmann

## Aufbruch in die ökologische Marktwirtschaft erfordert grundlegenden Kurswechsel in der Ordnungspolitik

**Eine zukunftsorientierte marktwirtschaftliche Umweltschutzpolitik erfordert einen grundlegenden Richtungswechsel. Der nachsorgende Umweltschutz muß so schnell wie möglich durch Konzepte ersetzt werden, die auf Vermeidung von Umweltbelastungen ausgerichteten technischen Fortschritt in Gang setzen. Ansatzpunkt hierfür sind sogenannte „integrierte“ Lösungen, die umweltbelastende Emissionen möglichst erst gar nicht entstehen lassen.**

Der Aufbruch in die ökologische Marktwirtschaft erfordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Ordnungspolitik. Nur mit Rahmenbedingungen, die ein Höchstmaß umweltrelevanter Vorsorge gewährleisten, wird es künftig möglich sein, die Risiken einer modernen Industriegesellschaft ökologisch wirksam und ökonomisch effizient zu beherrschen. In erster Linie geht es dabei darum, „auf breiter Front“ einen auf Vermeidung von Umweltbelastungen ausgerichteten Strukturwandel der Wirtschaft in Gang zu setzen. Motor dieser Entwicklung werden der technische Fortschritt und expansives Wissenswachstum sein. Damit rückt der „integrierte“ Umweltschutz in das Zentrum künftiger Ordnungspolitik.

Die Ausrichtung einer ganzen Volkswirt-

schaft auf die Entwicklung und den Einsatz „integrierter“ Produktionsverfahren und Produkte erfordert ein langfristig angelegtes ordnungspolitisches Gesamtkonzept. Es handelt sich dabei um eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, deren Bewältigung bedeutende ordnungspolitische Phantansie und Kraftanstrengungen in Anspruch nehmen wird. Nahezu sämtliche Politikbereiche — von der Umweltpolitik im engeren Sinne über die Bildungs- und Forschungspolitik bis hin zur Entwicklungspolitik — müssen im Lichte des gewandelten ökologischen Technikverständnisses neu bewertet und ausgerichtet werden. Das zu erstellende Gesamtkonzept sollte sich dabei an folgenden ordnungspolitischen „essentials“ orientieren:

### ● **Verbesserte Rahmenbedingungen für private unternehmerische Initiativen**

Das ordnungspolitische Schwergewicht muß darauf gelegt werden, die Leistungspotentiale der deutschen Wirtschaft für die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz „integrierter“ Umweltschutzanlagen zu mobilisieren. Vorrangig geht es jetzt darum, den Prozeß des dynamischen Wettbewerbs von privatem Kapital und unternehmerischer Risikobereitschaft bei



der Suche nach neuen Produkten und Märkten im Umweltbereich „flächendeckend“ in Gang zu setzen. Hierzu bedarf es in erster Linie wirtschaftlicher Anreize, mit denen die Entwicklung und der Einsatz vorsorgender Umwelttechniken jedenfalls so lange gefördert wird, bis der ökologische Strukturwandel der Wirtschaft in Gang gekommen ist.

Das Spektrum denkbarer Förderinstrumente ist weit. Dazu zählen insbesondere

- ▶ Forschungs-, Entwicklungs- und Existenzgründungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen mit entsprechender ökologischer Ausrichtung,
- ▶ steuerliche Anreize (zum Beispiel Sonderabschreibungen) für Investitionen in vorsorgenden Umweltschutz sowie
- ▶ eine Vorrangstellung für „integrierte“ Umweltschutzanlagen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Flankierend hierzu müssen bürokratische Hindernisse bei Planung, Genehmigung und Bau „integrierter“ Umweltschutzanlagen beseitigt werden. Bereits heute stellen die überlangen und komplexen Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland ein Investitionshemmnis ersten Ranges dar. Es ist daher zu prüfen, ob und inwieweit die von der Regierungskoalition beschlossenen Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen in den neuen Bundesländern für den Bereich des Umweltschutzes auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland ausgedehnt werden können.

### ● Die Verankerung von „integriertem“ Umweltschutz als Unternehmensziel

In vielen Unternehmen setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß Umweltschutz mehr ist als die buchstabengetreue Erfüllung gesetzlicher Ge- und Verbote. Unter Überschriften wie „umweltorien-

tierte Unternehmensführung“ oder „ökologisches Management“ werden Konzepte diskutiert, die darauf gerichtet sind, ökologische Folgekosten des Wirtschaftens innerbetrieblich so weit wie möglich zu vermeiden. In der Praxis bedeutet dies: Gefahrstoffe minimieren, gebrauchte Stoffe recyceln, Abfälle vermeiden, Energieverbrauch drosseln — um nur einige Aspekte zu nennen.

Die Grundidee „umweltorientierter Unternehmensführung“ muß ordnungspolitisch aufgegriffen und konsequent zu Ende gedacht werden. Unser Ziel muß sein, „integrierten“ Umweltschutz vollständig und lückenlos in den Dienst der Unternehmen und ihrer Produktionen zu stellen. In erster Linie geht es dabei darum, dem umweltrelevanten Verantwortungsbereich der Unternehmen erheblich auszuweiten. Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen müssen so ausgerichtet werden, daß die Unternehmen künftig die ökologische Verantwortung für den gesamten „Lebenszyklus“ ihrer Wirtschaftsgüter und Produktionsprozesse übernehmen.

Betrieblicher Umweltschutz muß bei der Planung anfangen und darf erst beim Recycling oder sonstiger umweltverträglicher Entsorgung gebrauchter Güter und Produkte aufhören. Denkbar wäre beispielsweise, die geplante Einführung von Pfand- und Rückholssystemen des vom Bundesumweltminister angekündigten „dualen Abfallwirtschaftskonzepts“ schrittweise auf sämtliche umweltrelevanten Güter und Produkte (zum Beispiel Autos, Kühlschränke) auszudehnen.

Die innerbetriebliche „Verantwortungskette“ muß ordnungspolitisch weit gespannt werden; sie sollte grundsätzlich sämtliche am Produktionsprozeß Beteiligten umfassen, vom Mitarbeiter über den Manager bis hin zum Eigentümer. Dabei wird der Institution des innerbetrieblichen „Umweltschutzbeauftragten“ künf-



## Asylbewerberzahlen August 1991

**Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat August 28.272 Asylbewerber (Vormonat: 22.073) registriert. Hauptherkunftsländer sind:**

<b>Jugoslawien:</b>	7.446 (Vormonat: 4.743)
<b>Rumänien:</b>	6.395 (Vormonat: 5.566)
<b>Türkei:</b>	2.152 (Vormonat: 1.788)
<b>Bulgarien:</b>	1.658 (Vormonat: 1.125)
<b>Vietnam:</b>	896 (Vormonat: 710)
<b>Nigeria:</b>	861 (Vormonat: 656)
<b>Iran:</b>	771 (Vormonat: 634)
<b>Afghanistan:</b>	625 (Vormonat: 634)
<b>Indien:</b>	625 (Vormonat: 573).

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat erneut deutlich gestiegen.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im August 17.178 Asylbewerber. Das sind 60,8 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbe-

werber beträgt 68,4 Prozent (19.331 Personen). Die schon in den vergangenen Monaten zu beobachtende tendenzielle Zunahme des Europäeranteils hat sich damit fortgesetzt.

In den ersten acht Monaten des Jahres haben insgesamt 141.081 Ausländer einen Asylantrag gestellt, gegenüber 119.781 Personen im Vergleichszeitraum 1990. Das ist eine Zunahme um 17,8 Prozent.

### 7,6 Prozent anerkannt

In den Monaten Januar bis August 1991 hat das Bundesamt über die Anträge von 107.492 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 8.136 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 7,6 Prozent. Abgelehnt wurden 81.656 Personen (76,0 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 17.700 Personen (16,5 Prozent).

tig eine wesentlich stärkere Rolle zukommen müssen als bisher.

Eine — ökologisch orientierte — Änderung der „Unternehmensphilosophie“ wird nicht von heute auf morgen erreichbar sein. Ein ordnungspolitisches Schwergewicht sollte daher gerade in der Anlaufphase darauf gelegt werden, die Wissens- und Informationsbasis im Bereich umweltorientierter Unternehmensführung erheblich zu verbreitern. Hierzu bedarf es in erster Linie breit angelegter Informationsforen und kontinuierlicher Aufklärungskampagnen unter Beteiligung von (Bundes-, Landes-, Kommunal-) Behörden, Industrie- und Handwerkskammern, Umweltverbänden, Gewerkschaften und Unternehmen.

Ansatzpunkte für entsprechende ordnungspolitische Anstöße gibt es zur Genüge, wie zum Beispiel

- ▶ die verstärkte Einführung von Modellprojekten nach dem Vorbild des — vom Bundesumweltministerium initiierten — Projekte „Umweltorientierte Unternehmensführung“,
- ▶ eine gezielte Ausrichtung der nationalen und internationalen Messepolitik auf vorsorgenden Umweltschutz,
- ▶ die Einrichtung von ökologischen „Informationsbörsen“ sowie
- ▶ die Einführung einer konzertierten Aktion („vorsorgender Umweltschutz“) zwischen Bundesregierung, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Wirtschaft.



## Wohngeld in den neuen Ländern

# Unfähigkeit oder schon Sabotage?

Zur teilweise schleppenden Vorbereitung der Auszahlung des Wohngeldes (Ost) ab 1. Oktober 1991 erklärte der Wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Rund eine Milliarde Mark monatlich gibt derzeit die öffentliche Hand für die Subventionierung der Mieten in den neuen Bundesländern aus. Hätte man dieses Geld seit Jahresbeginn in den Neubau investiert, wären wir der Lösung des Wohnungsproblems sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Bundesländern ein ganzes Stück nähergekommen.

Bundesregierung und Bundesrat haben sich jedoch nach langem Ringen dazu entschieden, Mietanhebungen in den neuen Bundesländern erst zuzulassen, wenn die Verwaltungen genügend Zeit hatten, sich mit den Grundlagen des Sonderwohngeldes (Ost) vertraut zu machen. Dieses Sonderwohngeld soll individuell verhindern, daß bei aus wirtschaftlichen Gründen dringend notwendigen Mieterhöhungen soziale Härten entstehen.

Monate nach Verabschiedung der Mietverordnungen und des Wohngeldgesetzes rückt nun der Inkrafttretungstag 1. Oktober 1991 immer näher. Die Bundesregierungen, aber auch verschiedene Landesregierungen, haben den Städten und Kreisen in vielfacher Weise Hilfe angeboten, bei der Schulung von Mitarbeitern behilflich zu sein.

Um so unverständlicher ist es, wenn jetzt bekannt wird, daß sich viele Kreise und Kommunen nur in sehr unvollkommener Weise auf die zu erwartende Antragsflut

bei Wohngeld vorbereitet haben. Angesichts der Wichtigkeit einer zeitgerechten Wohngeldauszahlung für den sozialen Frieden stellt sich so langsam die Frage, ob dies nur Unfähigkeit oder schon fast bewußte Sabotage ist.

Im Gegensatz zu dem westdeutschen Antragsverfahren ist das Wohngeld (Ost) wesentlich vereinfacht und ermöglicht auch eine einfache Beratung. Die Menschen in den neuen Bundesländern sollten deswegen wissen, wo der Sand ins Getriebe kommt, wenn es in manchen Kreisen und Gemeinden nicht klappt.

Allerdings ist auch festzustellen, daß viele Mieterhaushalte in den neuen Bundesländern ihre Wohngeldanträge bisher auch dort nicht gestellt haben, wo eine ausreichende Verwaltungskapazität vorhanden ist. Im Land Brandenburg zum Beispiel sind erst ein Zehntel der zu erwartenden Wohngeldanträge gestellt, obwohl die Landesregierung bereits vor Wochen die Mieter schriftlich über das neue Wohngeld aufgeklärt hatte und auch gebeten hatte, zügig Anträge zu stellen.

Dies könnte nun in Teilbereichen dazu führen, daß selbst gut vorbereitete Verwaltungen in den letzten Tagen vor dem 1. Oktober von einer Antragsflut überschwemmt werden, die sie nicht sofort abarbeiten können.

Aber auch Teile der Vermieter erschweren unnötig die Umstellung. Obwohl die wohnungswirtschaftlichen Verbände vielfache Informationsmöglichkeiten über das neue Mietrecht bereitgestellt hatten, kommt es immer wieder zu unzulässigen Mieterhöhungsverlangern.



# Erster tourismuspolitischer Kongreß der Union im September

**Am 26. September 1991 (10.00 bis 17.30 Uhr) veranstaltet die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen tourismuspolitischen Kongreß mit Spitzenvertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Hauptredner sind der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Professor Kurt Biedenkopf, und Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer.**

Die Initiative zu diesem ganztägigen Kongreß kommt von der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Union will nach den Worten des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, MdB Rolf Olderog (CDU), die wachsende Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges herausstellen. Schon heute hat die Touristikwirtschaft in den alten Bundesländern einen Anteil von fünf Prozent am Bruttoinlandsprodukt; sie bietet zwei Millionen Menschen Arbeitsplätze.

Auch die neuen Länder mit ihren herrlichen Landschaften und reizvollen historischen Städten haben beste Aussichten, ein attraktives Reise- und Urlaubsziel zu werden. Im raschen Aufbau des Fremdenverkehrs liegt eine große Chance für den wirtschaftlichen Aufschwung der neuen Bundesländern. In einem von vier parallel laufenden Arbeitskreisen am Nachmittag (14.00 bis 16.00 Uhr) werden Fremdenverkehrsfachleute und Wirtschaftsexperten mit Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums und der Treuhandanstalt die bisherigen touristischen

Aufbauleistungen und deren weitere Entwicklungsmöglichkeiten analysieren. Fundament des Fremdenverkehrs sind eine intakte Natur und Umwelt. Ein zweiter programmatischer Schwerpunkt des Unions-Kongresses ist das Ziel, den Tourismus weit stärker als bisher umweltfreundlich zu gestalten (Tourismus mit Einsicht; sanfter Tourismus). Die Union will deutlich neue Akzente setzen:

„Umweltverträglich und sozial verantwortlich — Maßstab für den modernen Tourismus“ ist das Thema eines Arbeitskreises, in dem der bayerische Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Peter Gauweiler (CSU), einen Redebeitrag halten wird. Daneben wirken der Vorsitzende des Studienkreises für Tourismus in Starnberg, Kirchenrat Paul Rieger, und Vertreter der großen deutschen Natur- und Umweltschutzorganisationen mit.

Die deutsche Einheit, der EG-Binnenmarkt '93 und die Liberalisierung in Osteuropa sind zentrale Herausforderungen auch für Fremdenverkehr und Tourismus, auf die Politik und Branche gemeinsam überzeugende Antworten geben müssen. „Urlaub in Deutschland — Strategien für Marketing und Werbung“ heißt der Titel eines dritten Arbeitskreises. Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Hermann Schaufler sowie namhafte Persönlichkeiten aus den Dachverbänden des Fremdenverkehrs und aus der Fremdenverkehrswissenschaft werden diskutieren, wie das deutsche touristische Angebot in seiner Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und in seiner Werbewirkung noch schlagkräftiger werden kann.



# POLITIK AKTUELL

## DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG IN DER WELT

**HELMUT KOHL  
VOLKER RÜHE  
GERHARD STOLTENBERG**

## Deutschlands Verantwortung in der Welt

Zu diesem Thema hat die Bundesgeschäftsstelle unter dem neuen Serientitel POLITIK AKTUELL eine erste Broschüre mit den Redebeiträgen von Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Volker Rühle und Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg auf dem Außenpolitischen Kongreß der CDU im Mai dieses Jahres herausgebracht.

Bestell-Nr.: 5443

Verpackungseinheit: 25 Expl.,

Preis pro Einheit 28,75 DM.

**Bestellungen an  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1328  
4804 Versmold**

Politik für mittelständische Touristikunternehmen ist ein vierter Schwerpunkt des Kongresses. Spitzenrepräsentanten der Tourismusbranche werden ihre Erwartungen an die Politik in Bonn und Brüssel formulieren. Dabei sind der Präsident des Deutschen Reisebüro-Verbandes (DRV), Otto Schneider, und der Vorsitzende des Bundesverbandes mittelständischer Reiseunternehmen (asr), Albrecht Feibel, MdL. Darüber hinaus wird im Arbeitskreis IV „Politik für mittlere und

kleine Touristikunternehmen im EG-Binnenmarkt“ der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), Leo Imhoff, sprechen. Die EG-Kommission in Brüssel wird vertreten durch den Leiter der Generaldirektion XXIII (u. a. Fremdenverkehr), Dr. Heinrich von Moltke. Die Berichterstattung aus diesem Arbeitskreis übernimmt die Vorsitzende der „Intergroup Tourism“ im Europäischen Parlament, Dr. Ursula Braun-Moser, MdEP (CDU).



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## 3. Oktober 1 Jahr Deutsche Einheit

# Gemeinsam

## in eine gute Zukunft!

### CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

# UID

28/91

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.